

Ergebnisse des Projektes

WISSENSCHAFT UND POLITIK GEHEN HAND IN HAND GENDER MAINSTREAMING IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN THEORIE UND PRAXIS

Das Kooperationsprojekt mit dem Frauenbeirat der Stadt Bochum stieß bei den Studierenden und Lehrenden der Fakultät für Sozialwissenschaft auf großen Anklang. Insgesamt sind neun Master-Arbeiten und zwei Forschungsberichte aus der Zusammenarbeit hervorgegangen.

Die Ergebnisse der insgesamt elf studentischen Forschungsprojekte zeigen, dass die Mehrzahl der politischen AkteurInnen der Stadt Bochum Gleichstellungsarbeit noch immer als Frauenförderung ansehen, für die allein der Frauenbeirat zuständig ist. Erklärtes Ziel von Gender Mainstreaming ist es jedoch, in alle Entscheidungsprozesse die Perspektive des Geschlechterverhältnisses einzubeziehen und alle Entscheidungsprozesse für die Gleichstellung der Geschlechter nutzbar zu machen – was letztlich heißt, dass in jedem Ausschuss und in jeder Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit mitgedacht werden sollte.

AUSGEWÄHLTE STUDIEN

1. Vereinbarkeit von Familie und Politik

1.1 Junge, kommunalpolitisch aktive Eltern (Carina Schwarz)

Anhand von fünf leitfadenstrukturierten Interviews mit jungen Eltern, die in der Bochumer Kommunalpolitik aktiv sind, untersucht Carina Schwarz die spezifischen Herausforderungen dieses Zusammenspiels und kommt zu dem Ergebnis, dass ein „außergewöhnliches Zeitmanagement erforderlich ist, um diese drei Lebensbereiche adäquat miteinander zu kombinieren und in den Alltag zu integrieren“.

Bemerkenswert ist, dass die Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer im Vordergrund stehen - die Herausforderung „Ehrenamt“ bzw. kommunalpolitisches Engagement als dritter Aspekt der Vereinbarkeitsproblematik gerät bei fast allen Interviewten in den Hintergrund; *Erwerbsarbeit* ist damit das Definitivum, von dem aus politisches Engagement bzw. die Möglichkeit zu politischem Engagement gedacht wird (Stichwort: Flexibilisierung der Arbeits- und Präsenzzeiten; Kinderbetreuung).

Als spezifisches Problem wird die ‚Überalterung‘ vieler Parteien erwähnt: Dadurch, dass die Mehrzahl der Mitglieder erwachsene Kinder bzw. Enkelkinder hätten, würde dem Thema nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Außerdem würden bei der Festlegung von Terminen selten die Bedürfnisse junger Eltern berücksichtigt („Das haben wir aber immer schon so gemacht“).

Frau Schwarz entwirft *Handlungsempfehlungen*, die die Vereinbarkeit von Familie und Politik erleichtern können: Zum einen schlägt sie vor, „eine Art Leitfaden für den innerparteilichen Umgang mit der Vereinbarkeitsthematik zu entwickeln“; zum anderen könnte sich ein überparteiliches Netzwerk junger Eltern bewähren.

1.2 CDU-Ratsfraktion (Claudia Niggenaber)

Zwar fühlen sich die befragten Frauen innerhalb ihrer Partei, der CDU Bochum, respektiert, akzeptiert und gleichstellt, ihnen ist jedoch auch bewusst, „dass Frauen sich erst dann anfangen für Politik zu interessieren, bzw. ein politisches Amt übernehmen, wenn das mit dem Haushalt und den Kindern erledigt ist. Die Kinder sind also dann aus dem Größten raus und gehen ihren eigenen Weg“, was zur Folge hat, dass die „Frauen zum größten Teil älter“ sind.

Auffällig ist auch die Kritik am bestehenden politischen System. So fallen allen befragten Personen Defizite in den Kinderbetreuungsmöglichkeiten auf. Gefordert wird von allen Befragten Betreuungssicherheit. „Die Frauen brauchen absolute Sicherheit. Die müssen sicher sein, dass ihre Kinder in der Betreuung gut aufgehoben sind. Nur so können sie einen freien Kopf für ihre Arbeit oder ihr politisches Engagement bekommen.“

2. Parteien

2.1 SPD-Fraktion (Katrin Linde)

Eine Forschungsfrage war, wie weit die Umsetzung von Gender Mainstreaming innerhalb der SPD über die Frauenquote hinausgeht. Die Ergebnisse der Analyse machen deutlich, dass zumindest die drei befragten Personen die Frauenquote innerhalb der SPD als das Hauptinstrument sehen. Sie verweisen allerdings auf die praktischen Grenzen dieser Quote, da diese beispielsweise bei Direktwahlen nicht greift. Zugleich wird deutlich, dass Gender Mainstreaming noch immer in den Bereich der Frauenförderung gerückt wird, da Gender Mainstreaming und das Instrument der Frauenquote letztendlich zwei unterschiedliche Felder sind.

Als Bereiche, in denen Gender Mainstreaming innerhalb der Arbeit des Rats der Stadt Bochum eine Bedeutung hat, lässt sich eindeutig nach Auswertung der Interviews die *städtische Bauplanung* erkennen. Hier wird von allen drei Befragten darauf hingewiesen, dass eine Überprüfung auf geschlechtliche Gerechtigkeitsfragen vorgenommen wird. Auch ist dies der einzige Bereich, den jede Einzelperson thematisiert hat.

Bezüglich der Integration in den politischen Alltag ist festzuhalten, dass Gender Mainstreaming zwar eindeutig als Top-Down-Prozess verankert ist und wahrgenommen wird, sodass eine Umsetzung im

Rahmen der Anordnungen auch erfolgt, aber alle drei InterviewpartnerInnen stellen heraus, dass die Anforderungen nur erfüllt werden, nicht aber das theoretische Konzept adaptiert oder diskutiert wird. Es zeigt sich also, dass der Top-Down-Prozess zwar durchaus eine Wirkung erzielt, ein wirkliches Umdenken in den Köpfen der Beteiligten aus Sicht der GesprächspartnerInnen aber nicht stattgefunden hat. Somit bleibt die Umsetzung des Konzeptes mitten im Prozess stecken.

Auffällig ist darüber hinaus, dass die Verantwortung besonders von den weiblichen Befragten einerseits bei den Frauen selbst und andererseits bei der Gleichstellungsstelle gesehen wird. Nach wie vor ist es also diesen Aussagen zufolge kein Querschnittsthema, das auf allen Ebenen der Organisation, hier des Politikbetriebes, jeden direkt betrifft.

Eine eindeutige *Handlungsempfehlung* ist an dieser Stelle zu treffen, nämlich, dass sämtliche Vorlagen und schriftlichen Dokumente unbedingt auf gendergerechte Sprache zu überprüfen seien. Dies ist ein simples erstes Zeichen dafür, dass der Versuch unternommen wird, Gleichstellung herzustellen.

Darüber hinaus könnte es für die Wahrnehmung und Verbesserung des Images von Gender Mainstreaming innerhalb der Stadt Bochum wichtig und hilfreich sein, Ziele, Ansätze und Erfolge transparenter zu machen, sodass einzelne Beteiligte unter Umständen auch sehen können, dass Gender Mainstreaming ihnen direkt oder indirekt überhaupt helfen kann.

3. Ausschüsse

3.1 Ausschuss-Vorsitzende (Inga Schwarze und Kezban Iscan-Kirbas)

Frau Schwarze hat gemeinsam mit Kezban Iscan-Kirbas die Ausschussvorsitzenden bzw. Stellvertreter der Ausschüsse „Jugendhilfe“, „Arbeit, Gesundheit, Soziales“, „Migration und Integration“, „Kultur und Sport“, „Wirtschaft, Infrastruktur und Stadtentwicklung“ sowie für „Umwelt, Verkehr und Sicherheit“ interviewt.

Zentrales Ergebnis ist, dass eine Diskrepanz zwischen Wissen und Willen existiert – es ist die Bereitschaft vorhanden, GM zu implementieren, allerdings zeigte sich, dass die Ausschussvorsitzenden nicht über ausreichendes Geschlechterwissen verfügen, um Gender Mainstreaming adäquat umsetzen zu können. Dies kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass eine unzureichende Kommunikation mit dem Frauenbeirat besteht – Gender Mainstreaming wird nicht als Querschnittsaufgabe gesehen, sondern als ein Zuständigkeitsbereich des Frauenbeirats wahrgenommen.

3.2 Ausschuss für Migration und Integration (Silke Remiorz)

Zentrales Ergebnis ist, dass Gender Mainstreaming von den Befragten nicht als Aufgabe des Ausschusses wahrgenommen wird: gleichstellungspolitische Themen spielen nicht explizit in der Arbeit des Ausschusses für Migration und Integration eine übergeordnete Rolle; vielmehr sollten sie laut der Aussagen der sechs Befragten Ausschussmitglieder in der inhaltlichen Arbeit des AMI

möglichst mitgedacht werden. Hinzu kommt, dass der Begriff "Gender Mainstreaming" den wenigsten Befragten geläufig war. Zudem existieren kaum Kooperationen mit gleichstellungspolitischen Institutionen der Stadt.

3.3 Ausschuss Bildung und Wissenschaften (Olga Nissen/Hyre Sutaj)

Zentrales Ergebnis ist, dass der Großteil der interviewten Ausschussmitglieder Bildungserfolg nicht an Geschlecht, sondern an soziale Herkunft knüpft. Insgesamt findet Gender Mainstreaming innerhalb des Ausschusses kaum Beachtung – es mangelt an Wissen und Umsetzungsideen. Gender Mainstreaming wird von den meisten Befragten als „Frauenförderung“ wahrgenommen, welche vor dem Hintergrund der aktuellen Bildungsdebatte („Jungen als Bildungsverlierer“) nicht als Hauptanliegen gelten kann. Gleichberechtigung sei bereits erreicht, so die einhellige Meinung – die bestehende Geschlechterordnung im Schulsystem wird nicht als ungleich wahrgenommen.

4. Doing Gender

4.1 Kommunikation (Kinga Golomb)

Kinga Golomb kommt anhand einer teilnehmenden Beobachtung von zwei Ausschusssitzungen zu dem Schluss, dass das Dasein für Frauen in der Politik durchaus kein leichtes ist. Frauen sind nicht nur rein zahlenmäßig unterrepräsentiert, sondern erfahren auch durch an anderer Stelle Diskriminierung. Während der Forschung wurde besonders deutlich, dass verbale und nonverbale Kommunikation dabei eine wesentliche Rolle spielen. Während auf verbaler Ebene weitestgehend Gleichberechtigung und Gleichbehandlung der Geschlechter praktiziert wird („Meine Damen, meine Herren“ etc.), erfahren Frauen durch nicht sprachliches Verhalten Benachteiligung.

Ungleichbehandlungen finden den Beobachtungen zufolge eher auf nonverbaler Ebene statt. Das wohl einprägsamste Beispiel hierfür war der Umgang mit dem Mikrofon. Das Mikrofon, das zugleich die Redeerlaubnis bedeutet, wird für gewöhnlich von jedem Ratsmitglied genutzt. Während der Beobachtungen in der Mensa des Olympiastützpunkts allerdings erhielt nicht jeder Redner ein Mikrofon. Oftmals waren es Frauen, die sich ohne die technische Unterstützung äußerten, was klar zu ihrem Nachteil geschah.

Traditionelle Rollenzuweisungen waren nicht erkennbar. Für die Forschung bedeutet dies, dass weibliche Unterrepräsentanz in der Politik nicht auf der praktischen Ebene der Politikgestaltung stattfindet, sondern im Vorfeld eine Vielzahl an Schließungsmechanismen greifen, die dazu führen, dass Frauen gar nicht erst in politische Führungspositionen gelangen können. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber, dass Frauen, die bereits in der Politik beispielsweise als Ratsfrauen angenommen sind, auch denselben Status genießen, wie ihre männlichen Ratskollegen.